

**Geschäftsführung
Ausschuss für Wirtschaft,
Stadtentwicklung und
Stadtmarketing**

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 - 6697
Fax (0202)	563 - 8050
E-Mail	petra.passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	16.05.07

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing
(SI/5559/07) am 16.05.2007**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Jürgen Hardt,

von der CDU-Fraktion

Herr Fabian Bleck, Herr Ralf Geisendörfer, Frau Dorothea Glauner, Herr Horst Hombrecher, Frau Gisela Schlüter,

von der SPD-Fraktion

Herr Klaus Jürgen Reese, Herr Oliver Zier,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke,

von der WfW-Fraktion

Herr Detlef Schmitz,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Reinhard Granitzki,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter (RVDL), Herr Heinz-Willi Riedesel-Küper (EHV), Herr Hugo Benten Sattler (IHK),

von der Verwaltung

Herr OB Peter Jung, Herr Michael Walde (R 101), Frau Angelika Behr (400.6, bis 14.20 Uhr)

als Gast

Herr Jörn Suika , Frau Wagner (101)

Schriftführerin

Petra Paßmann

Beginn: 14:10 Uhr

Ende: 14:40 Uhr

I. Öffentlicher Teil

0 Zur Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Stv. Hardt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zunächst weist er auf die Änderungen zur Tagesordnung und ausgelegten Tischvorlagen hin:

- Beschluss des Umweltausschusses zu VO/0406/07 „JVA-Planungen in Wuppertal - alternative Standorte prüfen“
- Änderungsantrag der Fraktion B 90/GRÜNE zu VO/0317/07 „30. Flächennutzungsplanänderung Erbschlö“ (VO/0468/07)
- Beschluss des Umweltausschusses zu VO/0468/07 „Änderungsantrag“
- Beschlüsse der BV Ronsdorf und des Umweltausschusses zu VO/0317/07 „30. Flächennutzungsplanänderung Erbschlö“
- gemeinsamer Änderungswunsch der SPD- und CDU-Fraktion zu VO/0332/07 „Entwicklung einer Richtlinie zur Sozialgerechten Bodennutzung“
- Beschlüsse der BV Elberfeld, Barmen, Oberbarmn sowie der BV Elberfeld-West zu VO/0291/07 „Stadterneuerungsprojekt Stadtumbau West“

Er erinnert darüber hinaus nochmals an die für den **06.06.07** geplante **Sondersitzung** zum Thema „Organisations- und Finanzierungskonzept Bergische Entwicklungs-Agentur“. Aufgrund der erforderlichen interkommunalen Abstimmung ist eine Diskussion in der heutigen Sitzung noch nicht möglich gewesen.

Es besteht Einvernehmen, entsprechend zu verfahren.

1.1 Ausbildungsplatzbonus - Ausbildung als Vergabekriterium einführen Vorlage: VO/0322/07

Herr Sattler informiert, dass die IHK die Einführung eines Ausbildungsplatzbonus ablehnt (Wettbewerbs-Nachteile, rechtliche Bedenken) und dies der Verwaltung mit Schreiben vom 15.05.07 entsprechend mitgeteilt hat.

Die Herren Stv. Reese und Hombrecher möchten vor einer Entscheidung zunächst den Abschlussbericht der Verwaltung abwarten.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 16.05.2007:

Eine Entscheidung wird bis zur Vorlage des Abschlussberichtes durch die Verwaltung vertagt.

Einstimmigkeit

**1.2 Ausbildungsplatzbonus - Ausbildung als Vergabekriterium einführen -
Bericht der Verwaltung
Vorlage: VO/0322/07/1**

Beratung siehe TOP 1.1

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**2.1 Bauvorhaben im Bereich ehemalige Standortverwaltung, Scharpenacken,
Erbschlö
Vorlage: VO/0391/07**

Diskussion siehe TOP 4.2

Die Anfrage wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**2.2 Bauvorhaben im Bereich der ehem. Standortverwaltung; Antwort auf die
Große Anfrage vom 26.04.2007
Vorlage: VO/0391/07/1**

Diskussion siehe TOP 4.2

Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

**3 JVA-Planungen in Wuppertal - alternative Standorte prüfen
Vorlage: VO/0406/07**

Diskussion siehe TOP 4.2

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing
vom 16.05.2007:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ablehnung des Änderungsantrages mit Stimmenmehrheit (bei einer Stimme der
Fraktion B 90/Grüne für den Antrag sowie einer Enthaltung der WfW-Fraktion)

4.1 Änderungsantrag zu VO/0317/07 - 30. Flächennutzungsplanänderung "Erbschlö"
- Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: VO/0468/07

Diskussion siehe TOP 4.2

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 16.05.2007:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Ablehnung des Änderungsantrages mit Stimmenmehrheit (bei einer Stimme der Fraktion B 90/Grüne für den Prüfauftrag sowie einer Enthaltung der WfW-Fraktion)

4.2 30. Flächennutzungsplanänderung "Erbschlö"
- Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: VO/0317/07

Herr BM Bahr entnimmt der Stellungnahme der Verwaltung, dass eine Prüfung alternativer Standorte bisher nicht erfolgt ist.

Herr Walde weist darauf hin, dass in einer ersten Vorprüfung auch andere Standorte angedacht wurden, eine detaillierte Prüfung alternativer Standorte aber im formellen Verfahren erfolgen wird.

Herr Stv. Hombrecher sieht die Chance für die Stadt, den Wirtschaftsstandort zu stärken und in diesem Zusammenhang zu einer Lösung sozialer Probleme beizutragen. Er regt an, den Prüfauftrag der Fraktion B 90/GRÜNE in das Verfahren einzubringen. Einem förmlichen Antrag wird seine Fraktion aber nicht zustimmen.

Herr OB Jung erklärt, dass die Verwaltung im Sinne eines transparenten Verfahrens sehr bewusst zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die öffentliche Diskussion eingestiegen ist. So gibt es derzeit viele Fragen, zu denen konkrete Aussagen erst bei den entsprechenden Verfahrensschritten möglich sind. Vor diesem Hintergrund sagt er eine Prüfung der in den Anfragen und Anträgen formulierten Bedenken und Anregungen im formellen Verfahren zu.

Unter Hinweis auf seine Fragen zum Flächenbedarf aber auch der seiner Meinung nach unscharfen - von der CDU-Fraktion eingebrachten – Formulierungen im Beschluss des Umweltausschusses bittet Herr BM Bahr um eine Entscheidung über den Antrag seiner Fraktion.

Für Herrn Stv. Reese ist die Prüfung alternativer Standorte Bestandteil des FNP-Änderungsverfahrens. Dabei muss der Planbereich die heute erkennbar notwendigen Flächen beinhalten, die detaillierte Festsetzung erfolgt im sich anschließenden BPlan-Verfahren. Seine Fraktion spricht sich daher für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Um das formelle Verfahren nicht zu behindern wird Herr Stv. Schmitz der geplanten Flächennutzungsplanänderung heute zustimmen. Seine Fraktion wird ihre Bedenken im weiteren Verfahren einsteuern. Er regt in diesem Zusammenhang an, sich in der Sprachwahl mehr auf die Bürger auszurichten.

Ebenfalls mit Blick auf die Zeitschiene wird Herr Stv. Henke dem Beschlussvor-

schlag der Verwaltung folgen wollen. Auch seine Fraktion wird ihre Anregungen entsprechend dem Verfahrensfortschritt einbringen.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 16.05.2007:

1. Die Aufstellung der 30. Flächennutzungsplanänderung – Erbschlö –, deren Geltungsbereich das Gelände der ehemaligen Standortverwaltung an der Parkstraße über den dahinter liegenden Sportplatz und den ehemaligen Langwaffenschießstand bis einschließlich der bislang für die Deponie Kastenbergr vorgehaltenen Fläche sowie angrenzende Waldbereiche im Norden und landwirtschaftliche Flächen innerhalb und am südöstlichen Rand bis zur Straße Erbschlö umfasst, wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Vorhabenträger eine Änderung des Regionalplans zu beantragen.

Stimmenmehrheit (bei einer Gegenstimme der Fraktion B 90/GRÜNE)

5 Entwicklung einer Richtlinie zur Sozialgerechten Bodennutzung
Vorlage: VO/0332/07

Herr BM Bahr erläutert noch einmal kurz die Intention des Antrages.

Er hat darüber hinaus keine Bedenken, die gemeinsam eingebrachten Anregungen der CDU- und der SPD-Fraktion in den Antrag seiner Fraktion zu übernehmen.

Es wird daher folgender einvernehmlicher Beschluss gefasst:

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 16.05.2007:

Der Antrag erhält den Titel „**Mehrwertzuwachsenausgleich für Wuppertal bei der Ausweisung von Bauland**“

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf den Erfahrungen der Städte München, Hamburg, Nürnberg und Freiburg u.a. aufbauend, die Vor- und Nachteile eines Verfahrens zum 'Mehrwertzuwachsenausgleich für Wuppertal bei der Ausweisung von Bauland' zu prüfen.
2. Bei der Prüfung soll insbesondere berücksichtigt werden, ob die Anwendung eines derartigen Verfahrens in Wuppertal Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandortes Wuppertal hätte und ggfs. welche Auswirkungen.

Seite 2, Zeile 22 und 23 (Spiegelstriche 4. „die Schaffung einer Art Fonds ... „ und 5. „die Schaffung von Ressourcen ...“) werden gestrichen.

Stimmenmehrheit (bei einer Gegenstimme der FDP-Fraktion)

**6 Stadterneuerungsprojekt 'Stadtumbau West' Anmeldungen zum Stadterneuerungsprogramm 2007
Vorlage: VO/0291/07**

Die Herren Stv. Hombrecher, Reese und Herr BM Bahr begrüßen den Vorschlag der Verwaltung ausdrücklich.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 16.05.2007:

Der Rat beschließt das Konzept zur Umsetzung des oben genannten Stadterneuerungsprojektes.

Einstimmigkeit

Jürgen Hardt
Vorsitzender

Petra Paßmann
Schriftführerin